



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Oktober 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

B 50 C Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021 – 2024; mit Entwurf des Voranschlags 2021 - Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2021 / Finanzdepartement

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2021, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, zu.

Es folgen Fraktionserklärungen.

Für die CVP-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Ein Budget und einen AFP zu machen, ist in normalen Zeiten schon anspruchsvoll. In Krisen, konkret in Corona-Zeiten, erst recht. Umso erstaunlicher ist es, dass auch heuer nicht nur das Budget, sondern auch der AFP eine Mehrheit in diesem Rat gefunden haben. Gerade ein Blick in die letzte Legislatur zeigt, dass dies alles andere als selbstverständlich ist. Und noch etwas stelle ich fest: Das erste Mal, seit ich persönlich in diesem Rat sitze, wurde die Steuerstrategie der letzten zehn Jahre von linker Seite nicht kritisiert. Vielleicht ist es eben gerade die Corona-Krise, welche uns vor Augen führt, dass wir in den letzten Jahren die Hausaufgaben doch richtiger gemacht haben, als das ab und zu kritisiert wurde. Ich will mir nicht vorstellen, wie der Kanton Luzern heute mit einem Milliardenschuldenberg in der Krise stehen würde. Die CVP hat diesen Weg in der Vergangenheit mitgetragen; wir wollen diese Verantwortung auch in der heutigen Krisensituation übernehmen. Die Corona-Krise fordert von uns eine hohe Anpassungsfähigkeit und Flexibilität. Das Gleiche gilt für die Finanzpolitik in unserem Kanton: Wir müssen in Szenarien denken. Das macht die Regierung bereits im Budget und im AFP. Wir müssen uns auch im nächsten Jahr darüber unterhalten, ob die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Auch das wird die Regierung machen, auch dank den PFK-Vorschlägen, welche heute überwiesen wurden. Was wir aber nicht machen sollten, ist, nun Globalbudgets auf Vorrat zu erhöhen. Halten wir uns auch in Krisenzeiten an einen korrekten politischen Prozess, und in diesem kommt zuerst die Sachpolitik und dann die Finanzpolitik und nicht umgekehrt. Bei den meisten Anträgen heute wollte man Budgeterhöhungen auf Vorrat. Das sollen wir auch in Corona-Zeiten nicht machen. Zuletzt müssen wir auch in Zukunft bereit sein, Prioritäten zu setzen. Wir können und wir wollen uns keinen Staat leisten, welcher eine Vollkasko mentalität erfüllt. Dies gilt eben gerade auch in der Krise. Mit der Annahme dieses Budgets und des AFP setzen wir ein wichtiges Zeichen: Der Kanton Luzern ist ein verlässlicher Dienstleistungserbringer, Arbeitgeber, Auftraggeber und Krisenmanager. Zudem setzen wir ein Zeichen, dass wir bereit sind, die politische Verantwortung zu übernehmen. Die CVP macht das mit der Grundüberzeugung, dass der Kanton finanziell gesund aus der Corona-Krise kommen wird. Dazu haben wir heute die richtige Basis geschaffen.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser Barmettler.

Claudia Huser Barmettler: Wir haben nicht nur die Corona-Krise, sondern auch eine Klima- und Umweltkrise. Klimaschutz und Ausgaben für die Folgen des Klimawandels sind die absolut grössten Hypotheken für die nächsten Generationen. Die GLP sagte es schon immer, dass alles, was wir machen, Enkel-tauglich sein muss. Wir wollen nicht zu viele ökologische oder finanzielle Schulden hinterlassen. Haben wir das heute geschafft? Es war eine lange Debatte, und jetzt sind wir mit jenen Anträgen und Bemerkungen durch, die detailliert behandelt wurden. Unser Fazit ist: Wir haben einen gesetzeskonformen Voranschlag, einen AFP und einen Steuerfuss. Aber kann man sagen, dass es gut gelaufen ist? Leider ist unsere Bilanz durchgezogen. Einmal mehr hat dem Regierungsrat wie auch der CVP, der FDP und der SVP der Mut gefehlt. Wir haben einmal mehr nicht gehört, dass wir für den Klimabericht wirklich Massnahmen umsetzen wollen. Das wäre bei ganz konkreten Vorschlägen, die wir unterstützt haben, einfach möglich gewesen, wie zum Beispiel die Erhöhung des Betrags im Energieförderprogramm. Es ging nicht darum, einfach Budgets masslos zu erhöhen und im vorauseilenden Gehorsam Millionen von Franken einzustellen für irgendwelche Lösungen, von denen wir noch nichts wissen. Es wären konkrete Vorschläge möglich gewesen, die von Ihnen hätten unterstützt werden können, wie Sie auch den Klimabericht und das Ziel «Netto null 2050» unterstützt haben. Es wäre ein wichtiges Signal für das Klima, für die KMU des Kantons Luzern und für die Investoren gewesen, und wir hätten gezeigt, dass wir wirklich antizyklisch investieren und die Krise als Chance nützen, den Klimawandel wirklich anzupacken. Das hat leider nicht geklappt, trotzdem haben wir ein durchgezogenes Resultat. Wir sind mit dem Gesamtergebnis nicht unzufrieden. Wir wollen in dieser Krise keine Steuererhöhung und auch kein Sparpaket. Das Investitionsvolumen soll beibehalten werden. Dies konnten wir mehr oder weniger umsetzen. Wir haben uns klar positioniert: Es geht nicht um Strukturhaltung ganzer Branchen, sondern es geht darum, dass wir uns den nötigen Handlungsspielraum lassen, um progressiv in die Zukunft gerichtete Branchen und KMU zu stützen. Dafür haben wir auch unsere Schuldenbremse ausgesetzt. Wir haben das mitgetragen, das darf jedoch nicht zur Gewohnheit werden. Für die GLP ist es entscheidend, dass wir in den nächsten AFP-Prozess frühzeitig einbezogen werden, auch wenn der Regierungsrat davon nicht überzeugt ist. Wir erinnern uns alle noch gut an die letzte Legislatur, wo wir von der Regierung gesetzeskonform einen Voranschlag und einen AFP vorgesetzt bekommen haben, aber mit Massnahmen darin, die wir nur noch abnicken konnten, weil wir sonst in eine nicht gesetzeskonforme Vorlage hineingelaufen wären. Das ist der Grund, warum wir das nicht mehr wollen. Darum müssen wir und die Fachkommissionen einbezogen werden. Das ist aus Sicht der GLP klar ein Erfolg, und ich hoffe schwer, dass wir in den nächsten Jahren die Massnahmen wirklich umsetzen können. Die Klimakrise bleibt bestehen, egal wie lange uns die Corona-Krise noch beschäftigt.

Für die SVP-Fraktion spricht Urs Dickerhof.

Urs Dickerhof: Die Debatte hat einmal mehr gezeigt, wie gross die Differenz zwischen den Bürgerlichen und den linken Parteien in der Finanzpolitik ist. Die Differenzen gibt es inhaltlich, aber auch im Ton und im Verfahren. Einmal mehr wurde von links die Unart gepflegt, die Kommissionsarbeit in den Rat zu verlagern. Damit wird eine sachpolitische Auseinandersetzung erschwert und Politik allein für die Galerie oder die Medien betrieben. Differenzen bestehen aber auch bezüglich Analyse der Istsituation und des Weges in die Zukunft. Für die SVP ist klar: das wichtigste Ziel ist ein starker solider Kanton Luzern und weiterhin die Stärkung des Standortes Luzern. Das darf man nicht aufs Spiel setzen. Wir konstatieren aber auch, dass der Kanton Luzern gut dasteht. Wir haben Reserven, weil wir in der Vergangenheit umsichtig gewirtschaftet haben. Eines der wichtigsten Instrumente, mit dem wir die Stabilität erreicht haben, ist die Schuldenbremse. Ohne diese Massnahme wäre die Ausgangslage um einiges schlechter. Das haben wir wirklich nicht den Linken zu verdanken. Es gilt sicher einmal ein paar Punkte klar festzuhalten: Wären die Forderungen der linken Parteien in der Vergangenheit erfüllt worden, stünden wir mit dem Rücken zur Wand, und wir hätten in dieser Krise keinen Handlungsspielraum. Die Krise zeigt, dass es die Bürgerlichen und nur die Bürgerlichen sind,

die eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben. Deshalb fordert die SVP auch noch immer, eine nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben, und sie fordert den bürgerlichen Kantonsrat auf, den Begehrlichkeiten von links und den Maximalforderungen ein Ende zu setzen und nicht für die Tribüne oder die gute Schlagzeile zu politisieren. Die Regierung hat pragmatisch auf die Krise reagiert. Der Entscheid, kurzfristig auf Sparpakete zu verzichten, wird von uns mitgetragen. Wir beruhigen so die schwierige Situation. Trotzdem und im Sinn einer gesunden und nachhaltigen Finanzpolitik ist es unabdingbar, dass die Aufwandsteigerung zukünftig gebremst wird. Die SVP fordert, dass die Regierung weiterhin in dieser schwierigen Corona-Zeit im Umgang mit den Finanzen haushälterisch ist. Denn wann die Krise vorbei ist, weiss niemand. Die penible Situation, in der wir uns momentan befinden und die aus meiner Sicht nicht ausschliesslich Sache der Politik ist, können wir auch nicht steuern. Wir haben einfach ein sehr grosses Problem. Die Regierung braucht auch einen Plan für die Zeit nach der Krise, und diesen habe ich noch nicht gesehen. Wir haben heute einmal von einem Plan B gehört, aber wir müssten jetzt wahrscheinlich schon von Plan C sprechen. Wir wollen aber auch klar darauf hinweisen, dass die SVP als Regierungspartei weiterhin ein verlässlicher Partner sein wird, wenn es darum geht, den Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten. Wir bekennen uns zum Finanzleitbild und zur Schuldenbremse und werden den Regierungsrat in dieser Hinsicht unterstützen, diese Rahmenbedingungen umzusetzen. Die SVP will zusammen mit der Regierung auch ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft und die Gesellschaft sein. Dafür schaffen wir die notwendigen Freiräume, damit wirtschaftliche Entfaltung möglich ist. Ich erinnere da gerne an Konfuzius: «Wenn du merkst, dass du deine Ziele nicht erreichen kannst, dann passe nicht die Ziele an, passe die Massnahmen an.» Das heisst, sollte die Regierung zu wenig Engagement zeigen, um das Kostenwachstum zurückzuschrauben, und die Zielsetzung eines starken Kantons vernachlässigen, wird die SVP die Regierung ohne zu zögern aktiv an die eigenen Grundsätze im Finanzleitbild erinnern, und wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Umsetzung verlangen.

Für die FDP-Fraktion spricht Georg Dubach.

Georg Dubach: Wenn wir die Zahlen des Voranschlags 2021 mit den Planzahlen 2021 vergleichen, welche vor einem Jahr präsentiert wurden, stellen wir vor allem eine starke Entwicklung des Personalaufwandes und die heute nicht abschätzbaren Auswirkungen und Folgen der Covid-19-Pandemie fest. Der Kanton Luzern steht vor gewaltigen, aus unserer Sicht sogar vor kolossalen Aufgaben. Das zeigt der AFP 2021–2024 nur ansatzweise auf. Wir alle wissen inzwischen, dass sich der Bund in Zusammenhang mit Corona mit gegen 50 Milliarden Franken zusätzlich verschulden wird. Eine weltweite Rezession ist im Anmarsch, sie wird auch unsere Wirtschaft und unser Leben in den nächsten Jahren stark beeinflussen. Dass der Kanton Luzern diese finanziellen Herausforderungen überhaupt bewältigen kann, ist den grossen und teils schmerzhaften Anstrengungen der letzten Jahre zu verdanken. Leistungen und Strukturen II, Schuldenbremse, Konsolidierungsprogramm 17 und Organisationsentwicklung 17 haben zusammen mit unserer konsequenten Finanz- und Steuerstrategie zu einer einigermaßen guten Ausgangslage beigetragen. Spare in der Zeit, so hast du in der Not, lautet eine alte Weisheit. Dank der durch die bürgerlichen Parteien geprägten Finanzpolitik ist es überhaupt möglich, mit Zuversicht die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen zu können. In den letzten Jahren der Hochkonjunktur haben wir die Schulden abgebaut. Nur deshalb können wir es nun verantworten, dass jetzt in der anlaufenden rezessiven Phase Gelder für nötige Investitionen gesprochen werden können, damit die Wirtschaft unterstützt werden kann und die Arbeitsplätze gesichert bleiben. Wichtig ist dabei, dass unser Kanton ein verlässlicher Partner für die Bevölkerung und die Wirtschaft bleibt. Dies muss uns in den nächsten Jahren ohne Sparpakete und Steuererhöhungen gelingen. Diese gewaltige Aufgabe erfordert von uns allen weiterhin Disziplin bei den laufenden und künftigen Ausgaben. Zudem brauchen wir in den nächsten Jahren gemeinsam die Bereitschaft, strukturelle Defizite frühestmöglich abzubauen. Die FDP ist überzeugt, dass auch in Zukunft gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung und damit für den Erhalt der Arbeitsplätze in unserem Kanton Luzern von zentraler

Bedeutung sind.

Für die G/JG-Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: Die G/JG-Fraktion kritisierte heftigst die fehlenden Finanzierungen zur Bekämpfung der Corona- und der Klimakrise im Budget 2021 und dem AFP 2022–2024. Wir haben Ihnen wenige, klare Vorschläge zu einem stabileren Budget und zur Finanzplanung gemacht. Wir begrüssen es, dass die Regierung als Reaktion auf die Corona-Krise keine Sparmassnahmen ergreift und die Schuldenbremse lockert. Gleichzeitig fehlen die nötigen Investitionen, um den beiden grossen Herausforderungen der nächsten Jahre zu begegnen: der Corona-Pandemie und der Klimakrise. Leider haben Sie weder zusätzlichen Geldern im Bereich des öffentlichen Verkehrs, noch für die Förderung der Biolandwirtschaft, noch für den Ausbau des Energieförderprogramms, noch für die Umsetzung des Klimaberichtes zugestimmt. Auch waren Sie nicht bereit, in der Corona-Krise zusätzliche finanzielle Mittel für die Kultur und die KMU zur Verfügung zu stellen. Wir forderten rund 60 Millionen Franken in vier Jahren für einen ökologischen und solidarischen Neustart aus der Krise. Das ist keine Giesskanne, sondern es sind 15 Millionen Franken pro Jahr – etwa die Hälfte des mittleren Beitrags der Nationalbank –, dies wäre also auf jeden Fall tragbar gewesen. Die Investitionen im Bereich der Bewältigung der Klimakrise schieben Sie weiter vor sich her. Dieses Thema wird mit jedem Jahr teurer, in welchem wir nichts machen. Wir übergeben den nächsten Generationen grosse ökologische Schulden. Mit dem jetzt vorliegenden AFP begeben wir uns auf eine wackelige Schifffahrt. Die See ist stürmisch. Sie haben als Steuergruppe die Verantwortung nicht übernommen. Sie lassen viele betroffene Bürgerinnen und Bürger weiter in persönlicher und beruflicher Unsicherheit zurück. Zu Beginn der zweiten Corona-Welle haben wir der Bevölkerung kein Bild vermittelt, dass der Kanton besorgt ist um sie. Hilfe würde Vertrauen schaffen. Das haben Sie als bürgerliche Mehrheit verpasst. Sie wollen weiter mit einem Notfallregime reagieren. Jedes Mal, wenn Mehrkosten nötig sind, muss der Regierungsrat nun entweder mittels Notverordnung reagieren oder Gelder aus dem Lotteriefonds nehmen, oder wir werden in einem Jahr grosse Nachtragskredite genehmigen müssen. Nicht unsere Anträge waren Blindflüge, sondern wir sind konkret jetzt im Blindflug, und für diesen muss man Vorkehrungen treffen. Zudem haben wir so kleine Schulden, dass wir uns Vorkehrungen hätten leisten können. Wir haben von der SVP zu hören bekommen, wer verantwortlich dafür ist, dass wir so tiefe Schulden haben. Ich möchte Sie aber noch einmal daran erinnern, dies langfristiger zu sehen und zu merken, wie viel das Nationalbankgold dazu beigetragen hat, dass wir die Schulden abbauen konnten. Ich möchte Sie auch noch einmal daran erinnern, wie gross die Sparprogramme mit vielen Nachwirkungen waren. Zum Glück hat der FDP-Fraktionspräsident das ein wenig klarer gesehen und sieht über seine Blase hinaus. Wir sind auch gescheitert mit der weiteren Lockerung der Schuldenbremse ab 2022. Sie geben zwar zu, dass sehr schwierige und grosse Herausforderungen auf uns zukommen. Speziell finde ich, dass Sie einer Bemerkung zugestimmt haben, damit Sie als Fachkommission für Lösungsansätze beim nächsten AFP einbezogen werden. Aber diese Möglichkeit hätten Sie doch jetzt seit März gehabt. Seit sechs Monaten wissen wir, dass die Folgekosten von Corona riesig sind. Die Klimakrise bahnt sich seit 30 Jahren an. Zeigen Sie endlich Lösungsansätze auf. Ich höre immer nur nette Worte, sehe aber keine Taten. Noch immer steuern Sie unser Boot mit der rosaroten Brille und hoffen, dass es schon gut kommt. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus. Die Grünen und Jungen Grünen lehnen aus diesen Gründen den Voranschlag 2021 und die Finanzplanung 2022–2024 ab. Diese Botschaften sind unter Berücksichtigung der grossen Herausforderungen, die wir zu stemmen haben, nicht seriös erarbeitet. Ich verspreche Ihnen, dass wir dranbleiben und dass wir parat sind, Sie auch in den nächsten Jahren darauf hinzuweisen, dass Sie eine seriöse Politik für unsere Bevölkerung machen sollten.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: Adrian Nussbaum hat sich gefreut, dass die kantonale Steuerstrategie heute einmal kein Thema gewesen ist. Wahrlich, wir haben momentan grössere Probleme als die bürgerliche Steuerstrategie in diesem Kanton. Was Corona bezüglich dieser Steuerstrategie gezeigt hat, ist, dass vielerorts zu viel abgebaut worden ist. Die Haltung,

dass man ja nie zu viel Geld ausgeben darf, ist schon so weit, dass es die Linke ist, die auf Bundesebene und hier im Kantonsrat um Unterstützung für unsere KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft, kämpfen muss. Die Bürgerlichen lassen ihre eigene Klientel im Regen stehen. Zudem ist es wohl auch bürgerliche Finanzpolitik, dass man zu wenig Mittel in das Contact-Tracing investiert hat, weil dies zu viel gekostet hätte. Um das nicht zugeben zu müssen, haben Sie heute Morgen die Diskussion darüber verweigert. Eine minimale Korrektur haben wir heute gemacht, indem wir der Regierung den Auftrag gegeben haben, zumindest die Personalressourcen in den wichtigsten Bereichen aufzustocken. Es wäre aber gut gewesen, dieses Personal in der Krise schon zu haben, damit es gar nicht zu den Personalmängeln gekommen wäre, von denen man im AFP überall liest. Das Klima hat die heutige Budgetdebatte geprägt. Viel ist die Rede gewesen von Schönwetterplanung, noch öfter von einem drohenden Gewitter. Doch wer im Foyer draussen gewesen ist, hat die aktuelle Lage bereits gesehen. Das Regenwetter von heute ist sinnbildlich für die Lage unserer Volkswirtschaft. Seit dem Frühling hören wir immer wieder, dass ein zweiter Lockdown verhindert werden muss. Jetzt warten wir gebannt darauf, was der Bundesrat am Mittwoch beschliessen wird. Gleichzeitig rufen Bundesrat und Regierung zu einer Art freiwilligem Lockdown auf. Grossveranstaltungen sind zwar teilweise noch erlaubt, man soll sie jedoch meiden. Man darf noch Veranstaltungen oder Gastrobetriebe besuchen, aber man soll bitte nicht gehen. Die Unterschiede in der Finanzpolitik zeigten sich auch darin, wie man mit der Pandemie umgeht. Die SVP sorgt sich in der grössten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg darum, dass sich die Wirtschaft überhitzen könnte, und stellte entsprechende Anträge, die zum Glück abgelehnt wurden. Sie schliesst sich damit offenbar ihrem Corona-Skeptiker im Bundesrat an. Die GLP fordert, dass Unternehmen innovativ sein müssen und sich aus der Komfortzone begeben sollen. Sagen Sie das doch einmal den Kleinunternehmen in den Bereichen Tourismus, Gastronomie, Kultur und Events, welche jetzt daheim – angeblich in der Komfortzone – sitzen, weil sie keine Arbeit haben. Das Gewitter ist mit der zweiten Welle schon da, trotzdem haben Sie sich für eine Schönwetterplanung entschieden. Es ist unverständlich, warum Sie die Schuldenbremse nur für ein Jahr aussetzen wollen. Im Gegensatz zu dem, was Guido Roos heute Morgen gesagt hat, schränkt uns die Schuldenbremse ein und nicht die Möglichkeit, diese zwei Jahre nicht einhalten zu müssen. Die Lockerung für zwei Jahre hätte uns mehr Freiheiten gegeben. Die Schuldenbremse hätte trotzdem eingehalten werden können, man hätte aber auch Massnahmen für die Bevölkerung und die Wirtschaft beschliessen können. Die ganze Welt ist wegen der Corona-Pandemie quasi im Blindflug. Planungssicherheit wird es für eine unbestimmte Zeit nicht mehr geben, trotzdem verlangen Sie genau diese Planungssicherheit und dass wir die Schuldenbremse einhalten müssen. Eine bessere Finanzplanung wäre eine flexiblere Finanzplanung gewesen. Da kann ich mich der GLP anschliessen, hier wären gewisse Innovationen nötig gewesen und vielleicht auch, dass Sie aus Ihrer bürgerlichen Komfortzone herauskommen, wo Sie sich einfach auf die Schuldenbremse berufen können, wenn Sie wieder unangenehme Entscheide fällen müssen. Wir können nicht davon ausgehen, dass uns die Nationalbank noch einmal aus der Patsche helfen wird. Wir haben aber dem Budget zugestimmt, und das im Wissen, dass es coronabedingt zu Mehrausgaben kommen wird. Oft haben wir heute gehört, dass man Anliegen nicht im Budget einbringen soll, sondern mit Vorstössen und in den Fachkommissionen. Diese Arbeit werden wir auch weiterhin engagiert leisten, hier wie in Bern. Wir hoffen, Sie unterstützen uns dann dabei, auch wenn dies zu Mehrausgaben gegenüber dem soeben beschlossenen Budget und dem AFP bedeutet.